



Forst-Jagd-Konflikt – was steckt dahinter?

Der sogenannte Forst-Jagd-Konflikt hat in Mitteleuropa eine sehr lange Tradition. Er besteht in seinem Kern aus dem Spannungsdreieck Grundeigentümer – Jäger – Behörde. Ausmaß von Wildschäden und Forst-Jagd-Konflikt hängen oft nicht zusammen. Was aber hält diesen Konflikt dann eigentlich am Leben? Welche Faktoren spielen eine Rolle? Im Folgenden werden einige Komponenten dieses vielschichtigen Konflikts zur Diskussion gestellt.

Die drei Hauptbeteiligten am Konflikt vertreten unterschiedliche Standpunkte und haben dabei meist verschiedene Ziele, ohne dass diese immer klar ersichtlich sind. Bisweilen entsteht sogar der Eindruck, als würde dieser Konflikt in einem Rollenspiel gepflegt, um daraus gewisse Vorteile zu generieren. Wechselseitige Schuldzuweisungen und Feindbildpflege sind an der Tagesordnung. Geht es dabei nur um simple Nutzungs-Konkurrenz, oder steckt mehr dahinter? Der Umgang mit den Schalenwildarten, die aus menschlicher Sicht Schäden an der Waldvegetation verursachen

können, wird in den Diskussionen meist in den Vordergrund gestellt. Der Jäger wird als zuständig für das Wild gesehen. Die Schuld für Schäden durch Wild wird deshalb primär ihm angelastet. Welche weiteren Faktoren könnten treibende Kräfte für diesen Dauerkonflikt sein?

„Forst-Jagd“ ist nicht „Wald-Wild“

Die missverständliche Formulierung „Wald-Wild-Problem“ (statt Forst-Jagd-Konflikt) wird hier nicht verwendet, denn erstens sind Wildtiere selbst Teil des Ökosystems Wald und können deshalb diesem so nicht gegenüber gestellt werden, und zweitens haben Vegetation und Tiere im Wald für sich kein Problem miteinander. Ein Problem ergibt sich erst aus der Sicht der Menschen verschiedener Interessengruppen im Zusammenhang mit Pflanzenfressern und Waldvegetation, also mit Tieren und Pflanzen im Ökosystem Wald. Wenn vom Gegensatz „Wald-Wild“ gesprochen wird, ist dies wohl meist eine unbewusste Pro-

jektion für „Forst-Jagd“. Gemeint sind also eigentlich Förster und Jäger und nicht Wald und Wild. Es handelt sich grundsätzlich um einen „Mensch-Mensch-Konflikt“. Forst-Jagd-Konflikte können aber auch dann existieren, wenn vorgegebene Probleme (z.B. Wildschäden) objektiv gar nicht nachweisbar sind. Umgekehrt können Wildschäden vorhanden sein, ohne dass ein Forst-Jagd-Konflikt besteht. Der Konflikt ergibt sich erst aus dem subjektiv wahrgenommenen oder aus einem inszenierten Konfliktverhalten der „Konflikt-Partner“. Dabei können mehrere Konfliktebenen („Konfliktmaßstäbe“) unterschieden werden, von sehr abstrakt (unpersönlich) bis sehr persönlich (einzelner Jäger, Bauer, Behördenorgan, etc.). Auf abstrakter Ebene geht es um generelle Schuldzuweisungen zwischen den verschiedenen Interessenvertretungen, die zum Teil auch regelmäßig öffentlich ausgetragen werden, wie zwischen der Behörde als Vertretung des Gesetzes (forstlicher und jagdlicher Behördenbereich), der Jägerschaft (Jägerverbände) als Vertretung der Jäger, und der Grundeigentümergebungen (Kammer, Vereine). Dabei handelt es sich um ein gruppenbezogenes, unpersonliches (abstraktes) Konfliktverhalten, das teilweise auch für Machtgerangel zwischen den Interessengruppen instrumentalisiert wird. Durch Ideologien und vorgefasste Meinungen sind sachliche Diskussionen und vernünftige Konfliktregelungen, mit konstruktiven Beiträgen von allen Seiten, oft nur schwer oder nicht möglich. Auf konkreter, persönlicher Ebene hingegen ist die Konfliktintensität meist weniger stark ausgeprägt, und der Konflikt ist meist stärker an die lokal bestehende Wildschadensproblematik gekoppelt.

Grundeigentümer haben das Jagdrecht

Der primär Jagdberechtigte ist in Österreich der Grundeigentümer, nicht der Jäger. Im Falle von Eigenjagden hat der Grundeigentümer zu entscheiden, ob er selbst jagt oder an wen er unter welchen Bedingungen sein Jagdgebiet verpachtet oder in anderer Form überlässt (z.B. Abschussvertrag), oder ob er Profis (Jagdverwalter) für das Wildmanagement anstellt und bezahlt (was allerdings teuer kommen kann). In Genossenschaftsjagden fällt diese Entscheidung dem Jagdausschuss der Grundeigentümer zu. Einen Verpachtungszwang für Genossenschaftsjagdgebiete, wie er in einigen Bundeslän-

dern noch besteht, sollte es nicht geben (verfassungswidrig?). Die Grundeigentümer könnten und müssten wesentlich zur Lösung des Konflikts beitragen, sofern sie Schäden präventiv vermeiden und den Konflikt tatsächlich lösen wollten. Die Vermeidung von Wildschäden und damit vielleicht eine Verminderung des Forst-Jagd-Konflikts würden wahrscheinlich mit weniger Wild und dadurch weniger Jagdpacht verbunden sein. Außerdem gäbe es keine Entschädigungszahlungen für Wildschäden. Wo will man beides wirklich? Wenn Wildschäden vermieden werden sollen, reicht es jedenfalls nicht, Jagdpacht und Entschädigungszahlungen für Wildschäden zu kassieren. Diese Einnahmequellen können aber für Bergbauern, wenn aus der Holznutzung wenig zu verdienen ist, existenziell wichtig sein. Entschädigungen helfen zwar dem Grundbesitzer aber nicht dem Wald, was vor allem im Objektschutzwald, an dem großes öffentliches Interesse besteht, nicht ohne weiteres tolerierbar ist. Im forstwirtschaftlich wenig einträglichen Schutzwald ergibt sich daraus auch die Frage nach einer gerechteren Finanzierung einer nachhaltigen Lösung der Schalenwildproblematik im öffentlichen Interesse (weniger Wild bzw. Jagdpacht, weniger Wildschäden bzw. Schadenszahlungen), weil dort die Lösung der Wildschadensproblematik mit erheblichen monetären Verlusten für den Grundeigentümer verbunden sein kann.

Rolle der Jäger

Die Jägerschaft (Jagdverbände) oder auch einzelne Jäger nehmen bei Wildschadensdiskussionen zwar oft die Rolle des Schuldigen an und beteuern, sie würden das Problem durch mehr Abschuss lösen. Sie werden bei dieser Aufgabe als wichtig und entscheidend erachtet. Es ergibt sich daraus auch eine Rechtfertigung gegenüber Jagdgegnern, jagen zu müssen. Die Schalenwildabschüsse stiegen zwar vielerorts deutlich an, aber das Rot-, Reh- und Schwarzwild wurde kaum irgendwo weniger (der Abgang lag nicht über dem Zuwachs). Die Bereitschaft, mit weniger Wild leben zu wollen, hält sich sehr in Grenzen. Für Wildstandsreduzierung und dann nachhaltig weniger Wildanblick und weniger jährlichen Abschuss will man eigentlich nicht Pacht bezahlen. Und höhere Wildschadenszahlungen werden teilweise eher akzeptiert als verminderte Wildbestände.

Rolle der Behörde

Die Forstsachverständigen der Behörden müssen die Wildschadensvermeidung insbesondere im Objektschutzwald einfordern. Dieser wichtige Aufgabenbereich erfordert und rechtfertigt eine dauerhafte, intensive behördliche Überwachung und Einmahnung im Schadensfall. Würde es keine Wildschäden geben, hätte die Forstbehörde weniger zu tun und wäre weniger wichtig. Diesbezüglich gibt die spontane Äußerung eines Forstbeamten zu denken: „Eine Katastrophe, das Wildeinflussmonitoring zeigt positive Ergebnisse, da können wir keinen Druck auf die Abschussplanerhöhung machen!“ Ein ausgeprägter Forst-Jagd-Konflikt könnte so gesehen auch eine positive Komponente für die Wichtigkeit des amtlichen Forstpersonals und damit letztlich auch für dessen gesellschaftliche Anerkennung und damit Arbeitsplatzsicherung haben. Mangelnde Waldverjüngung wird oft automatisch auf ein Wild- und damit Jagdproblem reduziert, also hinsichtlich der Problemlösung aus dem forstlichen Verantwortungsbereich einfach ausgelagert. Dies lenkt den Blick von waldbaulichen Maßnahmen ab, die zur Erreichung der erwünschten Waldverjüngung ebenso erforderlich sind. Jäger sind Kritik gewöhnt, Förster und Waldbesitzer jedoch kaum (Ablenkung von forstli-

chen Fehlern und Unterlassungen). In der Behörde agieren neben den Forstsachverständigen („Forstbehörde“) auch die Jagdsachverständigen („Jagdbehörde“; selten sind beide in einer Person vereint). Die für die Jagd zuständigen Behördenorgane werden meist von Vertretern der Jägerschaft und der Landwirtschaftskammer beraten (Jagdbeirat). Sie können u.a. beantragte Abschusserhöhungen ablehnen oder Abschussvorgaben verfügen, also den Forst-Jagd-Konflikt maßgeblich mitsteuern.

Gesellschaftliches Umfeld

Die Entwicklung des gesellschaftlichen und ökologischen Umfeldes macht eine Konfliktlösung auch nicht gerade leichter. Die Ursachen für den Konflikt wurden komplexer. Die Mehrfachnutzung des Wildlebensraumes wurde immer intensiver, vor allem für Freizeit- und Erholungszwecke des Menschen. Eine erfolgreiche Bejagung des Schalenwildes wurde dadurch schwieriger, die Raumnutzung und Verteilung des Wildes änderten sich. Es kommt vermehrt zu Wildkonzentrationen in schwer zugänglichen Schutzwaldlagen. Naturentfremdung und gleichzeitige Naturidealisierung der urbanen Bevölkerung, Anti-Jagd-Gruppen, Tierrechts- und Tierschutzgruppierungen schränken mögliche Maßnahmen zur effizien-

teren Wildstandsregulierung und Konfliktminderung ein und bauen zusätzliche Konfliktfelder auf.

Resümee

Positive Beispiele zeigen, dass der Forst-Jagd-Konflikt oft leicht gelöst werden konnte oder erst gar nicht zustande kam, wenn die Beteiligten wirklich eine Lösung wollten. Warum aber sind positive Beispiele so selten? Es stellt sich somit die Frage: Wem könnte der Forst-Jagd-Konflikt Vorteile bringen? Und: Welche Nachteile (für wen) würden direkt oder indirekt durch einen Wegfall dieses Konflikts entstehen? Im Grunde besteht ein kompliziertes Interessensgeflecht, das über den meist allein diskutierten Aspekt „untragbare Wildschäden – mehr schießen“ deutlich hinausgeht. Zur Klärung der genannten Fragen wäre eine tiefgehende sozialwissenschaftliche Analyse der Ursachen und Zusammenhänge im bisher so nachhaltig bestehenden Forst-Jagd-Konflikt erforderlich. Ökologische Forschungen müssten durch mehr ökonomische und sozio-kulturelle Untersuchungen ergänzt werden, einschließlich einer Analyse der rechtlichen Grundlagen und Zuständigkeiten, die den Kontext bilden, in dem sich dieser Konflikt abspielt. Wenn die Ergebnisse dann für die Praxis transparent gemacht werden, wollen vielleicht manche oder alle Konfliktpartner, nach Einsicht in bisher unbewusste Zusammenhänge, diesen vertrauten Konflikt durchaus tolerieren, quasi „als notwendiges Übel“ (oder kleineres Übel). Wenn jedoch alle Zusammenhänge transparent wären, dann hätte der Konflikt wohl nicht mehr die gleiche (auch nützliche) Wirkung wie bisher. Bleibt also die Frage: wollen alle Beteiligten mehr Klarheit über die Hintergründe schaffen oder soll der Konflikt lieber in der gewohnten „Grauzone“ bleiben wie bisher? Dazu sind gegensätzliche Antworten zu erwarten, abhängig von der jeweiligen Ausprägung des Konflikts und der individuellen oder gruppenspezifisch geprägten Ansicht der Betroffenen.

Angesichts der skizzierten Zusammenhänge wird sich am grundsätzlichen Bestehen des Forst-Jagd-Konflikts unter den gegenwärtigen rechtlichen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen wahrscheinlich so schnell nichts ändern. Der Konflikt ist gewissermaßen systemimmanent. Es erscheint eher möglich, dass die Wild-



schäden – objektiv gesehen – abnehmen als dass der Forst-Jagd-Konflikt abnimmt, weil in ihm auch verschiedene nützliche Feindbilder gepflegt werden können. Wenn Wildschäden abnehmen kann als Reaktion die Schadenssensibilität entsprechend erhöht werden (schwieriger zu erreichende Sollwert-Vorgaben, empfindlichere Zielbaumarten, Verschärfung von Toleranzgrenzen), sodass der gelebte Forst-Jagd-Konflikt in seiner Intensität weiterhin weitgehend gleich empfunden wird, das Spannungsfeld also trotz Minderung des Wildeinflusses erhalten bleibt. Falls man am Forst-Jagd-Konflikt etwas ändern will, wäre der „Forst-Jagd-Dialog“ (Mariazeller Erklärung) eine gute Plattform, sich verstärkt um eine kritische Wirkungsanalyse der Hintergrundfaktoren zu bemühen, möglichst frei von vorgefassten Meinungen.

Prof.i.R. Dr. Friedrich Reimoser
Univ. f. Bodenkultur & Veterinärmedizinische
Univ. Wien

